

Aschot Manutscharjan

# Kabul direkt – Im Gespräch mit afghanischen Spitzenpolitikern

**„Mit Gottes Hilfe wird die Herrschaft der Taliban vorübergehen“, prognostizierte vor Jahren Achmed Schah Massud, der mit seinem unerbittlichen Widerstand das Ende des Terrorregimes herbeiführen half. Das endgültige Aus kam für die „Koran-Schüler“ im November 2001, als Truppen der Nordallianz und der USA sie aus Kabul verjagten. Welche Entwicklung hat Afghanistan seitdem genommen? Aschot Manutscharjan verfügt auf Grund seiner zahlreichen Gespräche und Interviews, unter anderem mit dem Anführer der Nordallianz, General Achmed Schah Massud, Präsident Hamid Karsai, Vize-Präsident und Verteidigungsminister Mohammed Kassim Fahim, Außenminister Abdullah Abdullah, Justizminister Abdul Rahim Karimi, dem früheren Innenminister Kanuni und anderen Entscheidungsträgern, über intime Kenntnisse der Entstehung des neuen Afghanistan. Da die Kabuler Politiker in vorliegendem Beitrag selbst zu Wort kommen, kann sich der Leser aus erster Hand über die schwierigen Probleme der afghanischen Innen- und Außenpolitik informieren.**

Mitte Juni 2002 wählte die Loya Dschirga Hamid Karsai zum Präsidenten Afghanistans. Dabei handelte es sich nicht um die traditionelle Loya Dschirga mit bärigen Stammesfürsten in Nationaltracht, sondern um eine annähernd repräsentative Volksvertretung: Neben den Stammesfürsten saßen auch andere Bevölkerungs- und Berufsgruppen, unter ihnen Frauen, Professoren, Behinderte und Minderheitenvertreter. Kurzum alle, die sonst in der Loya Dschirga nichts zu sagen hatten. Die Welt feierte Karsai.

Ein Jahr später gibt es einen Wettbewerb anderer Art: Plötzlich steht derjenige in der Mediengunst am höchsten, der über Karsais Regierung besonders kritisch berichtet und dabei den ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Frage stellt. An vorderster Front mit dabei sind ausgerechnet die Journalisten, so genannte Experten und sonstige Regierungsberater, die jahrelang die Herrschaft der Taliban freundlich kommentierten. Zwischenzeitlich mutierten sie auf wundersame Weise zu „objektiven, kritischen Beobachtern“ der Missstände am Hindukusch. Die Vorwürfe lauten: Karsai habe das Land nicht unter Kontrolle, die Sicherheitslage sei miserabel, die Bauern pflanzten weiter Schlafmohn an, allein die Tadschiken der Nordallianz herrschten in Kabul und die Regierung wolle die Scharia wieder einführen. Egal wie oft „die Tadschiken“ in Karsais Regierung, also Vize-Präsident und Verteidigungsminister Fahim sowie Außenminister Abdullah, auch erklären: „Wir sind Afghane“, es wird nicht beachtet. Auch nicht, wenn sie

darauf hinweisen, dass die Nordallianz seit Dezember 2001 aufgelöst ist. Lieber unterstellt man ihnen, sie wollten Karsai töten, also ausgerechnet den Mann, dem sie mit an die Macht verholfen haben.

Die westlichen „Experten“ mögen die Vertreter der ehemaligen Nordallianz schon deshalb nicht, weil sie sechs Jahre lang allen „vertraulichen Expertisen“ trotzten und sich partout nicht davon abbringen lassen wollten, unter Führung von General Achmed Schah Massud gegen die Taliban zu kämpfen. Mit Unterstützung der USA und der Anti-Terror-Allianz trugen sie schließlich den Sieg davon. Wahr ist: Der Regierung Karsai ist es während des vergangenen Jahres nicht gelungen, die Staatsgewalt auf das ganze Land auszudehnen. Wahr ist aber auch, dass es in den letzten zwei Jahrtausenden keine Zentralregierung in Afghanistan gegeben hat. Die Stämme respektierten den König, nicht mehr und nicht weniger. Hinzu kommt, dass Präsident Karsai die Herrschaft in einem Land angetreten hat, in dem in den letzten 25 Jahren Krieg, Bürgerkrieg und Anarchie der Normalfall waren. Wer geglaubt haben sollte, binnen weniger Monate werde es gelingen, von Kabul aus ein zerstörtes Land, das doppelt so groß ist wie Deutschland, zu kontrollieren, muss sich im besten Fall Naivität vorhalten lassen.

Die einzelnen Provinzen werden nach wie vor von Gouverneuren regiert, die in ihren Bezirken die eigentlichen Machthaber sind. „Soll die junge afghanische Nationalarmee etwa Feldzüge in ihrem eigenen Land beginnen und so einen neuen Bürgerkrieg anzetteln?“, empört sich Vize-Präsident und Verteidigungsminister Mohammed Fahim. Stattdessen spielt Kabul auf Zeit und versucht geduldig, die Provinzfürsten auf dem Verhandlungsweg allmählich einzubinden.

Wahr ist weiter, dass die Regierung bei der Drogenbekämpfung keine großen Erfolge vorweisen kann. „Es handelt sich dabei um eine der schwierigsten und wichtigsten Aufgaben, die meine Regierung bewältigen muss. Es wird schwer, aber wir werden es schaffen“, versprach Präsident Karsai im April 2002. Fahim fügte hinzu: „Als ich den Anbau von Schlafmohn auf einer Kundgebung in der Provinz, in der am meisten Opium produziert wird, kritisiert habe, wurde mein Wagen sofort beschossen“. Und ein af-

**■ Wahr ist: Der Regierung Karsai ist es während des vergangenen Jahres nicht gelungen, die Staatsgewalt auf das ganze Land auszudehnen. Wahr ist aber auch, dass es in den letzten zwei Jahrtausenden keine Zentralregierung in Afghanistan gegeben hat.**

ghanischer Militär stellte fest: „Wie sollen wir ein Verbot durchsetzen, wenn wir den Bauern keine Alternative bieten können? Wir haben kein Geld für landwirtschaftliche Hilfsprogramme, um die Existenz der Bauern abzusichern. Wenn wir jetzt die Armee einsetzen würden, züchteten wir den Widerstand gegen unsere Regierung selbst“. Auf eine solche Gelegenheit warteten die Taliban und Hekmatyar nur, „um uns vorzuwerfen, wir führten einen Krieg gegen das eigene Volk“.

**Die Regierung Karsai muss vor allem die Menschen davon überzeugen, dass sie die Wiederaufbauarbeit auch tatsächlich leisten kann. Das gelingt bislang nur dort, wo die Bevölkerung positive Veränderungen erlebt, diese mit dem Wechsel des politischen Regimes verbindet und dem Präsidenten zugute hält. Häufig ist das nicht der Fall.**

Die Regierung Karsai muss vor allem die Menschen davon überzeugen, dass sie die Wiederaufbauarbeit auch tatsächlich leisten kann. Das gelingt bislang nur dort, wo die Bevölkerung positive Veränderungen erlebt, diese mit dem Wechsel des politischen Regimes verbindet und dem Präsidenten zugute hält. Häufig ist das nicht der Fall. Verantwortlich für die anhaltende Krise ist vor allem die negative wirtschaftliche Entwicklung. Während im Westen Politiker und Medien über die Frage diskutieren, welche Verfassung das Hindukusch-Land erhalten soll, haben die Afghanen andere Probleme: „Wir brauchen dringend die versprochene finanzielle Hilfe, um den Beamten, Soldaten, Polizisten und Lehrern ihre Gehälter zahlen zu können“, heißt es in Kabuler Regierungskreisen. „Außerdem muss die Infrastruktur in den Provinzen instand gesetzt werden, also Straßen, die Strom- und Wasserversorgung, Schulen und Krankenhäuser“.

Eine Rückkehr zum religiösen Terror der Taliban schließt Justizminister Abdul Rahim Karimi aus. Zugleich weist er darauf hin, dass Afghanistan ein islamisches Land ist: „Wir möchten den wahren Islam vertreten und seine Werte mit den neuen Gesetzen zum Wiederaufbau einer modernen Gesellschaft zusammen bringen. Wir wollen in Afghanistan eine Zivilgesellschaft aufbauen, die die Rechte der Bürger in allen politischen, sozialen und ökonomischen Bereichen garantiert.“ Ob die Regierung diese Ziele erreichen kann, hängt vor allem von der wirtschaftlichen Entwicklung und der Durchsetzung von Recht und Ordnung im Land ab.

Eines vergessen die Kritiker von Präsident Karsai übrigens regelmäßig zu erwähnen: Seitdem die neue Regierung im Amt ist, konnte keine islamistische Organisation ihre Mitglieder mehr zur Terrorausbildung

nach Afghanistan abkommandieren. Weitere Terrorakte – auch in Deutschland – werden so erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Damit bleibt die Unterstützung der Kabuler Regierung durch ISAF-Einsatz und Entwicklungshilfegelder eine wichtige Investition in unsere eigene Sicherheit.

### ■ **Vom Verhandlungstisch auf dem Petersberg zur Loya Dschirga: der „Regimewechsel“**

Mit aktiver Unterstützung der Anti-Terror-Koalition, insbesondere der USA, gelang es der Nordallianz, Afghanistan im November 2001 von der Herrschaft der Taliban zu befreien. Ein Traum des charismatischen Militärführers der Nordallianz, General Achmed Schah Massud, auch der „Löwe vom Pandscher Tal“ genannt, ging damit in Erfüllung. Massud selbst erlebte die Befreiung nicht mehr, da er am 10. September 2001, also einen Tag vor den Anschlägen in New York und Washington, selbst Opfer eines Terroranschlags wurde. Eines war seinen engsten Mitarbeitern – Verteidigungsminister General Fahim, Außenminister Abdullah und Innenminister Kanuni – vollauf bewusst: Nach dem Sieg über die Taliban durften die Fehler von 1992 nicht wiederholt werden.

Damals übernahmen Massuds Mudschaheddin die Macht in Kabul und der Tadschike Professor Burhanuddin Rabbani wurde zum provisorischen Präsidenten ernannt. Infolgedessen mussten sich die bis dahin „traditionell“ in Kabul herrschenden Paschtunen mit der Stelle des Ministerpräsidenten begnügen. Anvertraut wurde dieses Regierungsamt dem radikalen Islamisten Gulbuddin Hekmatjar. Da er mit dieser Machtverteilung nicht einverstanden war, provozierte er einen Bürgerkrieg. Trauriger Höhepunkt der Auseinandersetzung bildete die Bombardierung der Hauptstadt durch Hekmatjars Truppen.

Um solche Fehler in Zukunft zu vermeiden, kündigte Massud seit 1998 an, er werde im Falle eines Sieges der Nordallianz über die Taliban die Macht im Staat mit den Vertretern aller Volksgruppen teilen. Dies erklärt zum großen Teil die Kompromissbereitschaft der Vertreter der Nordallianz während der Afghanistan-Konferenz, die vom 28. November bis zum 5. Dezember 2001 auf dem Petersberg bei Bonn

**Mit aktiver Unterstützung der Anti-Terror-Koalition, insbesondere der USA, gelang es der Nordallianz, Afghanistan im November 2001 von der Herrschaft der Taliban zu befreien. Ein Traum des charismatischen Militärführers der Nordallianz, General Achmed Schah Massud, auch der „Löwe vom Pandscher Tal“ genannt, ging damit in Erfüllung.**

**■ Obwohl Massuds Mudschaheddin jahrelang allein gegen die Taliban gekämpft hatten und nach vielen Verlusten schließlich als Sieger in Kabul einmarschieren konnten, überließen sie den Posten des Regierungschefs Hamid Karsai, einem Exil-Afghanen aus den USA.**

stattfand. Obwohl Massuds Mudschaheddin jahrelang allein gegen die Taliban gekämpft hatten und nach vielen Verlusten schließlich als Sieger in Kabul einmarschieren konnten, überließen sie den Posten des Regierungschefs Hamid Karsai, einem Exil-Afghanen aus den USA. Zuvor hatten Massuds Minister den offiziell noch amtierenden Präsidenten der „Islamischen Republik Afghanistan“, Professor Rabbaní, überredet zurückzutreten. Damit war der Weg frei für die Ernennung des Paschtunen Hamid Karsai – des Wunschkandidaten der Washingtoner Administration – zum Chef der afghanischen Interimsregierung.

Der Innenminister des „Islamischen Staates Afghanistan“, Junis Khanuni, der die Delegation der Nordallianz auf dem Petersberg anführte, zeigte sich in Gesprächen mit dem Autor am 1. und 5. Dezember „sehr zufrieden“ mit den Ergebnissen der Verhandlungen: „Zum ersten Mal seit 23 Jahren wurde sachlich über einen Frieden unter den Afghanen gesprochen. Davon hat jeder geträumt und ist nun bereit, diesen Prozess aktiv zu unterstützen.“ Khanuni dementierte die Meldung, es sei während der Konferenz zu harten Auseinandersetzungen mit der Gruppe der Exil-Afghanen gekommen. „Nein, es lief sehr harmonisch. Die Atmosphäre war sehr gut und die Stimmung wirklich wunderbar. Wir hatten Gelegenheit, alle offenen Fragen zu besprechen. Einiges haben wir für später gelassen, denn die ganze Welt hat von uns erwartet, dass wir uns verständigen. Ich bin davon überzeugt, dass wir niemanden enttäuscht haben, und auch unsere Gastgeber, die Deutschen, können zufrieden sein.“

In Übereinstimmung mit den anderen Konferenzteilnehmern betrachtete Khanuni die Vereinbarung über die Einberufung eines provisorischen Rates (auf tadschikisch Schura, auf paschtunisch Dschirga, AM) als wichtigste Entscheidung, die auf dem Petersberg getroffen wurde. Diese Schura sollte aus 150 Vertretern aller ethnischen Gruppen entsprechend der Größe der einzelnen Provinzen gebildet werden. Aus ihrer Mitte sollte sie eine Übergangsregierung wählen. Allerdings drängten die US-Vertreter darauf, die provvisorische Regierung bereits auf dem Petersberg einzusetzen. Dies wollte Khanuni zunächst nicht akzeptieren: „Wir haben klar gemacht, dass die Bildung

der Übergangsregierung allein Sache der Afghanen ist und in Afghanistan entschieden wird. Wir werden unsere Regierung nicht im Ausland bilden. Außerdem kann man doch nicht nach 23 Jahren alle Probleme der Afghanen und so eine wichtige Frage wie die Regierungsbildung innerhalb von vier Tagen lösen.“

Die Nordallianz erklärte sich jedoch schließlich mit der Ernennung der Übergangsregierung bereits auf dem Petersberg einverstanden. Dies geschah gegen den ausdrücklichen Wunsch von Präsident Rabbani. Die Aufgabe der Übergangsregierung bestand unter anderem darin, zusammen mit der Schura die Wahl eines Parlamentes, der Dschirga, vorzubereiten, die dann eine neue Regierung wählen sollte. Die Gouverneure, die mit dem Taliban-Regime zusammengearbeitet hatten, durften nicht in die Schura entsendet werden. „Sie haben schreckliche Verbrechen verübt, deswegen wollen wir sie in der Schura nicht sehen. In dieser Frage waren wir uns alle einig“, erklärte Khamuni.

Zu streitigen Diskussionen kam es auch bei der Frage der Stationierung ausländischer Truppen in Afghanistan. Die Nordallianz lehnte dies anfangs kategorisch ab, denn sie bezweifelte, dass diese Truppen die Sicherheit im Land garantieren könnten. Zudem fürchteten sie den Ausbruch eines Bürgerkrieges. „Wir werden unsere eigenen, afghanischen Sicherheitstruppen aufstellen, um den Frieden zu garantieren. Wenn das nicht gelingt, dann werden wir direkt den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bitten, zu unseren Bedingungen UN-Friedenstruppen nach Afghanistan zu schicken“. Insbesondere scheiterten alle Versuche der auf dem Petersberg anwesenden UN-Vertreter, die Nordallianz zu zwingen, die Entsendung internationaler „islamischer Truppen“ nach Afghanistan zu akzeptieren. Kanuni dazu: „Wir sprechen über UN-Friedenstruppen, nicht über islamische Truppen. Wer zu diesem UN-Kontingent gehören soll, wird allein der Sicherheitsrat entscheiden.“ Diese Haltung der Nordallianz wurde von den diplomatischen Vertretern der USA und Russlands ausdrücklich unterstützt.

Letztlich endete die Petersberger Konferenz mit einem Erfolg. Ungeachtet aller berechtigten Kritik bemühte sich die Interimsregierung in den folgenden

**Die Nordallianz erklärte sich schließlich mit der Ernennung der Übergangsregierung bereits auf dem Petersberg einverstanden. Dies geschah gegen den ausdrücklichen Wunsch von Präsident Rabbani.**

Monaten um den Aufbau eines funktionierenden Staatswesens. Eine enorme Herausforderung für ein Land, das zweimal so groß ist wie die Bundesrepublik Deutschland, jedoch mit einer zerstörten Infrastruktur fertig werden muss, für ein Land, das seit 25 Jahren nur Terror und Unterdrückung kennt mit mächtigen Provinzfürsten, die die lokale Politik beherrschen und starke bewaffnete Milizen anführen. Um all diesen Kräften vor Augen zu führen, dass in Afghanistan ein neues, friedliches Zeitalter begonnen hatte, wurde die Loya Dschirga (Stammes-Volksversammlung, AM) einberufen.

### ■ „Wir sind ein islamisches Land“

**■ Seit 1979 wechselte das politische System in Afghanistan drei Mal: Zuerst wurde nach der sowjetischen Aggression eine sozialistische Verfassungsordnung installiert, dann herrschten von 1992 bis 1996 die Mudschaheddin der Nordallianz, die wiederum von den radikalen Taliban verdrängt wurden. Nachdem die Islamisten gezwungen waren, die Macht über Afghanistan abzugeben, musste jetzt die „Loya Dschirga entscheiden, ob wir ein präsidentiales oder ein parlamentarisches Regierungssystem einführen werden“, erklärte Präsident Karsai.**

Seit 1979 wechselte das politische System in Afghanistan drei Mal: Zuerst wurde nach der sowjetischen Aggression eine sozialistische Verfassungsordnung installiert, dann herrschten von 1992 bis 1996 die Mudschaheddin der Nordallianz, die wiederum von den radikalen Taliban verdrängt wurden. Nachdem die Islamisten gezwungen waren, die Macht über Afghanistan abzugeben, musste jetzt die „Loya Dschirga entscheiden, ob wir ein präsidentiales oder ein parlamentarisches Regierungssystem einführen werden“, erklärte Präsident Karsai. Er ernannte im Januar 2002 Professor Muhammad Ismail Qasemyar zu seinem persönlichen Berater und zum Vorsitzenden der Sonderkommission für die Einberufung der Loya Dschirga.

Muhammad Ismail Qasemyar lehrte Verfassungsrecht an der Universität Kabul und war schon bei der ersten Volksversammlung 1964 als Sekretär dabei. Schon einmal, 1992 nach der Befreiung Kabuls durch die Mudschaheddin, war Qasemyar mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt worden. „Den Entwurf konnte ich der Regierung noch übergeben. Weiter kamen wir nicht, weil die Truppen Hekmatjars Kabul mit Raketen beschossen“, berichtete der Jurist im Mai 2002. Qasemyar ging damals ins Exil in den Iran.

Bereits im Vorfeld der Beratungen in der Loya Dschirga legte der Verfassungsrechtler die Grundlagen des neuen Grundgesetzes weitgehend fest: „Afghanistan ist ein islamisches Land und wird in seiner Verfassung die islamischen Prinzipien verankern.

Alle Gesetze sollen auf der Scharia beruhen. Das ist das Prinzip.“ Zwar trat Qasemyar dafür ein, dass „die ethnische Zugehörigkeit nicht im Vordergrund stehen soll, weil das unserem Land sehr geschadet hat“. Die in die Loya Dschirga Berufenen sahen das jedoch ganz anders, als sie Mitte Juni 2002 in Kabul zusammentraten. „In den Fluren“ der Versammlung wurde bei jedem einzelnen Amt intensiv darüber verhandelt, welcher ethnischen Gruppe der künftige Amtsinhaber angehören sollte. Die Erklärung des Verfassungsrechtlers „Wir sind alle Afghanen“ klang zwar sehr patriotisch, geriet aber beim Kampf um reale Regierungsämter schnell in Vergessenheit.

Über die Zusammensetzung der Loya Dschirga wurde versucht, alle Schichten des Volkes und alle Ethnien Afghanistans einzubinden. Die 1450 Delegierten wurden in 350 Verwaltungsbezirken und zwölf Provinzen gewählt. Hinzu kamen Exil-Afghanen aus Pakistan (40 Delegierte), dem Iran (30) und anderen Staaten (30). Den Frauen wurden insgesamt 160 Sitze zugeschlagen. Selbst Behinderte, Nomaden, Künstler und Wissenschaftler entsandten ihre Repräsentanten. „Auf diese Weise wollen wir mit der nationalen Versöhnung beginnen“, meinte Qasemyar. Der Jurist gab zu, dass es auch Unzufriedene gibt: „Man kann es nie allen recht machen.“ So wurden die Vertreter der Vorbereitungskommission angegriffen und beschossen; einmal wurde sogar eine Granate gezündet. Besonders ungerecht behandelt fühlten sich die Paschtunen, weil der Norden angeblich schon zu stark in der Übergangsregierung vertreten sei und so Fakten für die nächste Regierung geschaffen würden.

Zu den ersten Aufgaben der Loya Dschirga gehörte es, einen neuen Regierungschef zu wählen und die Strukturen der Regierung für die kommenden zwei Jahre festzulegen. Ungeachtet der beleidigenden verbalen Attacken einiger einflussreicher paschtunischer Stammesfürsten wählte die Loya Dschirga schließlich Hamid Karsai zum Präsidenten des Islamischen Staates Afghanistan.

In diesem Präsidialsystem blieb kein Platz für den nach Afghanistan zurückgekehrten Ex-König Zahir Schah. Die Stellung des Königs war bereits auf dem Petersberg Gegenstand heftiger Kontroversen. Vor allem die Nordallianz und die Exil-Afghanen aus dem Iran waren dagegen, dem ehemaligen König und „sei-

**Zu den ersten Aufgaben der Loya Dschirga gehörte es, einen neuen Regierungschef zu wählen und die Strukturen der Regierung für die kommenden zwei Jahre festzulegen. Ungeachtet der beleidigenden verbalen Attacken einiger einflussreicher paschtunischer Stammesfürsten wählte die Loya Dschirga schließlich Hamid Karsai zum Präsidenten des Islamischen Staates Afghanistan.**

ner Sippe“ eine bedeutende Rolle in der künftigen Regierung einzuräumen. Denn die Königsfamilie lebte seit drei Jahrzehnten im Westen und hatte sich beim Kampf gegen die sowjetische Aggression und gegen das Taliban-Regime auf eine Beobachterrolle beschränkt.

Aus diesen Gründen hatte auch Achmed Schah Massud im April 2001 für den König keine wichtige politische Funktion in Afghanistan vorgesehen: „Der ehemalige König ist ein weiser Mann, und ich begrüße seinen Einsatz für den Frieden. Aber über seine Rolle und Funktion in Afghanistan kann nur das Volk entscheiden“. Auf Druck der USA schlossen die Verhandlungspartner auf dem Petersberg jedoch auch in dieser Frage einen Kompromiss: Danach sei denkbar – so der Chef-Unterhändler der Nordallianz, Junis Khanuni, Anfang Dezember 2001 –, dass der Ex-König „bestimmte Aufgaben in Afghanistan wahrnimmt. Aber das muss die Schura entscheiden. Ich schließe nicht aus, dass er von der Schura für das eine oder andere Amt vorgeschlagen wird.“ Nach der Petersberger Konferenz entschied jedoch die Interimsregierung in Kabul, dem früheren König als ältestem Mitglied lediglich die Eröffnung der ersten Sitzung der Loya Dschirga zu übertragen. Zwar blieb der alte und kranke König Zahir Schah nach seiner Rückkehr in Kabul, in wichtige Regierungämter gelangte er jedoch nicht mehr. Damit sind endgültig alle Versuche gescheitert, die Monarchie in Afghanistan wiederherzustellen.

**■ Justizminister Abdul Rahim Karimi legt großen Wert darauf, dass Afghanistan nicht als gesetzloses Land betrachtet wird. „Die afghanische Regierung stützt sich bei ihrer Arbeit auf das Bonner Protokoll und die Verfassung von 1964. Auf Grund dieser beiden Dokumente wollen wir in Afghanistan eine Zivilgesellschaft errichten, die die Rechte aller Bürger in politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht garantiert“, versicherte Karimi.**

Justizminister Abdul Rahim Karimi legt großen Wert darauf, dass Afghanistan nicht als gesetzloses Land betrachtet wird. „Die afghanische Regierung stützt sich bei ihrer Arbeit auf das Bonner Protokoll und die Verfassung von 1964. Auf Grund dieser beiden Dokumente wollen wir in Afghanistan eine Zivilgesellschaft errichten, die die Rechte aller Bürger in politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht garantiert“, versicherte Karimi. Er fügte hinzu: „Derzeit bemühen wir uns, eine Reihe weiterer Gesetze zu verabschieden. Dazu gehört ein Gesetz, das Investitionen ermöglicht. Außerdem ein Parteiengesetz, ein Gesetz über die Aktivitäten sozialer Institutionen, Gesetze, die die Pressefreiheit und das Demonstrationsrecht gewährleisten sowie andere Gesetze, die in einer modernen Gesellschaft notwendig sind. Außer-

dem muss noch die Verfassung fertiggestellt werden. Kurzum: Wir wollen in Afghanistan einen Rechtsstaat errichten.“

Fakt bleibt, dass auch die jetzige afghanische Regierung einen islamischen Staat errichten will. Allerdings soll er sich klar vom Steinzeit-Islam der Taliban unterscheiden. Professor Qasemyar dazu: „Die Taliban haben ihre Herrschaft zwar mit dem Islam begründet, mit dem wahren Islam hatte das aber nichts zu tun. Es handelte sich nur um ihre Interpretation. Sie haben versucht, einige uralte paschtunische Stammmestraditionen dem ganzen afghanischen Volk aufzuzwingen. Pakistan wollte unter dem Deckmantel des Islam seine Ziele in Afghanistan durchsetzen. Der pakistanische Geheimdienst ISA wusste ganz genau, dass das afghanische Volk tief gläubig ist. Deshalb versuchte er, mit Hilfe der Taliban das Land zu beherrschen. Es war also eine Falle. Der Islam wurde benutzt, um das Volk zu fangen.“

**Fakt bleibt, dass auch die jetzige afghanische Regierung einen islamischen Staat errichten will. Allerdings soll er sich klar vom Steinzeit-Islam der Taliban unterscheiden.**

Das gleiche Urteil fällte auch Justizminister Karimi: „Die Taliban haben ein Emirat gegründet. Ihr Führer, Mullah Omar, glaubte, der Prophet Mohammed habe ihn persönlich auserkoren, um in Afghanistan zu herrschen. Da er die Prinzipien der Demokratie nicht anerkannte, stützte sich seine Macht allein auf Gewalt. Konkret war er gegen freie Wahlen, gegen demokratische Institutionen sowie gegen die Menschen- und Frauenrechte. Alles das, was ziviliisierte Staaten heute ausmacht, hat er bekämpft und diffamiert. Wir dagegen vertreten den wahren Islam. Wir wollen diese Religion und ihre Werte im Einklang mit modernen Gesetzen zum Wiederaufbau Afghanistans nutzen. Die Taliban haben mit den Buddha-Statuen unser Jahrtausende altes Kulturerbe zerstört, denn als die islamische Eroberung unseres Landes begann, existierten die Statuen bereits, und die Gefährten des Propheten und seine Anhänger haben diese Statuen gesehen. Alle späteren islamischen Dynastien und die islamischen Gelehrten haben dieses Erbe respektiert. Nur nicht die Taliban. Dadurch wird klar, dass es sich bei diesen Fundamentalisten um einen kulturlosen Haufen von Analphabeten gehandelt hat, die von der Zivilisation nichts verstanden haben. Für sie sind selbst die Begründer des Islams in Afghanistan keine Autorität. Die Taliban haben ein verzerrtes Bild vom Islam. Dieses Bild wollen wir

korrigieren.“ Deshalb sollen sich die in Afghanistan lebenden religiösen Minderheiten, so der Justizminister, „frei entfalten dürfen, wie vor 23 Jahren, also vor der sowjetischen Aggression“.

In der Loya Dschirga waren seit Juni 2002 auch Hindus und Sikhs vertreten. Inzwischen wurde auch je ein Hindu und ein Sikh in das geplante Kleine Parlament, die Milli Dschirga, berufen. Diese zweite Loya Dschirga wird, um ihre Arbeitsfähigkeit sicherzustellen, nur 500 Mitglieder umfassen, von denen Karsai persönlich 50 ernennen darf. Dies ist bereits Mitte Juni 2003 per Dekret geschehen. Ein großer Teil der übrigen 450 Mitglieder soll von rund 15 000 Provinzvertretern gewählt werden. Zusammentreten wird das Kleine Parlament im Oktober 2003. Seine primäre Aufgabe wird darin bestehen, die künftige Verfassung des Landes auszuarbeiten. Eine der spannendsten Fragen dürfte dabei die konkrete Ausgestaltung der Artikel über die Scharia sein. Außerdem soll die Milli Dschirga die Parlamentswahl vorbereiten, die voraussichtlich im Juni 2004 stattfinden wird.

## ■ Hekmatjar & Co

**■ Alle, die von der Taliban-Herrschaft profitiert hatten, tauchten nach der Einnahme Kabuls durch die Anti-Terror-Allianz zunächst unter. Allmählich aktivierten sie jedoch ihre alten Seilschaften und begannen, eine neue Opposition gegen Präsident Karsai aufzubauen. Wenn sich diese Entwicklung verfestigt, könnte es zu einem Aufstand kommen, ähnlich dem gegen die sowjetische Aggression.**

Alle, die von der Taliban-Herrschaft profitiert hatten, tauchten nach der Einnahme Kabuls durch die Anti-Terror-Allianz zunächst unter. Allmählich aktivierten sie jedoch ihre alten Seilschaften und begannen, eine neue Opposition gegen Präsident Karsai aufzubauen. Wenn sich diese Entwicklung verfestigt, könnte es zu einem Aufstand kommen, ähnlich dem gegen die sowjetische Aggression. Es gibt allerdings einen zentralen Unterschied: Dieses Mal richtet sich der Kampf gegen Frieden und Stabilität in Afghanistan.

Bislang schreckten nur einzelne Terroranschläge die Öffentlichkeit auf, bald schon könnte es eine Terrorwelle sein. „Die benötigten Waffen hat Hekmatjar rechtzeitig versteckt, neue große Waffenlieferungen kommen jedoch nicht mehr zu ihm durch“, betont ein Mitarbeiter des afghanischen Innenministeriums. „Die Gruppen um Hekmatjar und die Taliban sind nicht mehr so gut organisiert wie beim Dschihad gegen die Sowjetunion. Sie kontrollieren auch keine großen Gebiete mehr, da das Volk sie nicht unterstützt.“ Gelingt es jedoch nicht bald, die Taliban und Al Quaida auszuschalten, könnten sie wieder von der Minderheit zur Mehrheit werden. Verantwortlich für

diese Entwicklung ist vor allem die schwere Wirtschaftskrise, die ihnen neue Anhänger in die Arme treibt. Außerdem „duldet Pakistan die Taliban weiterhin“, betonte der Afghane. „Die Terroristen kommen über die pakistanische Grenze ins Land. Mit der Verhaftung des Vertrauten von Osama bin Laden, Khalid Scheich Mohammed, hat die pakistanische Führung den Amerikanern zwar bewiesen, dass sie gegen Al Quaida vorgeht. Das gilt aber nicht für die Taliban“. Über sie unterhält Al Quaida Kontakte zu Hekmatjar. Seit an Seit kämpfen sie jetzt im Zuge einer Neuauflage des „Heiligen Krieges“ gegen die Karsai-Regierung, die ihnen als US-Marionette gilt. Ganz oben auf ihrer Liste stehen afghanische Politiker, die Präsident Karsai unterstützen. Ihre gezielten Attentate sind erfolgreich: Sie stifteten nicht nur Unruhe, sondern sie legen das Fundament für einen Aufstand gegen die Regierungspolitik. „Auf diese Weise soll eine Atmosphäre entstehen, die den Eindruck erweckt, dass das ganze afghanische Volk gegen uns sei und dass die Regierenden über keine Macht mehr verfügten.“

Als Nachfolger von Achmed Schah Massud übernahm Muhammed Kassim Fahim die militärische Führung der Nordallianz. Noch während der Petersberger Afghanistan-Konferenz im Dezember 2001 wurde er daraufhin zum Vize-Präsidenten und Verteidigungsminister ernannt. Sechs Monate später bestätigte ihn die Loya Dschirga in diesem Amt und Präsident Karsai verlieh ihm zusätzlich den militärischen Rang eines Marschalls. Auf die Frage, ob seine Regierung ganz Afghanistan kontrolliere, antwortete Fahim schon im Oktober 2002 siegesgewiss: „Mittlerweile ja. Wir haben es geschafft, dass sich uns alle ethnischen Gruppen angeschlossen haben. Seitdem pflegen wir zu allen Provinzen enge Kontakte.“ Die bewaffneten Konflikte in der Provinz sind seiner Meinung nach nicht gegen die Regierung Karsai gerichtet. „Vielmehr handelt es sich um Konflikte der lokalen Größen untereinander. Diese Streitereien gab es immer schon. Die Machthaber vor Ort ziehen es vor, ihre Meinungsverschiedenheiten mit Waffengewalt auszutragen. Ich bedauere das sehr“.

Die Regierung Karsai unterschätzt die Rolle des ehemaligen Ministerpräsidenten Hekmatjar bei der Organisation des Widerstandes nicht. Sie überschätzt

**■ Die Regierung Karsai unterschätzt die Rolle des ehemaligen Ministerpräsidenten Hekmatjar bei der Organisation des Widerstandes nicht. Sie überschätzt ihn aber auch nicht, um ihn nicht aufzuwerten und seinen „Marktpreis“ hochzutreiben.**

ihn aber auch nicht, um ihn nicht aufzuwerten und seinen „Marktpreis“ hochzutreiben. Den Machthabern in Teheran waren die Beziehungen zu Afghanistan so viel wert, dass sie Hekmatjar im Frühjahr 2002 sogar aufforderten, den Iran zu verlassen. Daraufhin begab er sich zuerst nach Pakistan, um von dort aus in das afghanische Paschtunistan zurückzukehren und einen Krieg gegen die „Marionetten der Amerikaner“ zu beginnen. Später rief Hekmatjar über Flugblätter und Cassetten zum Heiligen Krieg gegen die „Besatzer“ auf.

Außenminister Abdullah sagt über den Fundamentalisten: „Hekmatjar war immer ein Problem. Inzwischen haben sich die Verhältnisse jedoch geändert, und er ist nicht mehr so stark wie früher. Er hat aber immer noch genug Macht, um uns Schwierigkeiten zu bereiten. Früher hat er eng mit terroristischen Gruppierungen zusammengearbeitet. Das wussten wir. Vor kurzem hat er es offiziell zugegeben. Zurzeit steht sein Name auf der Liste der international gesuchten Terroristen.“

Härter als der Diplomat Abdullah urteilte Justizminister Karimi: „Hekmatjar ist ein Egoist, ein Militarist und Totalitarist. Er wird jede Regierung, jede Person, die in Afghanistan regiert, ablehnen, denn nur er fühlt sich berufen, in unserem Land zu herrschen. Aber ich kann Ihnen versichern, dass Hekmatjar nicht mehr so mächtig ist, wie er einmal war. Er ist keine Gefahr für Afghanistan. Er lebt in Berghöhlen und wird eines Tages verschwinden. Er hat keine scharfen Zähne mehr, um uns Schaden zuzufügen.“

Karimi ist überzeugt, dass Hekmatjars Aufruf zu einem Dschihad gegen die Kabuler Regierung nicht erneut zu einem Bürgerkrieg führen wird: „Wir haben im Unterschied zu früher jetzt eine legitime islamische Regierung. Dagegen können sie keinen Dschihad führen.“ Während der Tagung der Loya Dschirga im vergangenen Jahr kamen Vertreter aus ganz Afghanistan in die Hauptstadt. Unter ihnen befanden sich viele frühere Dschihadis, die sich jetzt haben einbinden lassen. „Wir haben keine Angst vor Hekmatjar, der in der Wüste allein und verrückt herumläuft – bis er umkommt.“

Dessen ungeachtet schreibt der afghanische Botschafter in Deutschland, Hamidullah Nasser-Zia, Hekmatjar weiterhin eine führende Rolle zu. Er ist

**Karimi ist überzeugt, dass Hekmatjars Aufruf zu einem Dschihad gegen die Kabuler Regierung nicht erneut zu einem Bürgerkrieg führen wird: „Wir haben im Unterschied zu früher jetzt eine legitime islamische Regierung. Dagegen können sie keinen Dschihad führen.“**

sich sicher, dass Gefahren für die Ausländer in Afghanistan „eindeutig von Hekmatjar, den Taliban und Al Quaida“ ausgehen. Diese drei Gruppen müsse man zusammen nennen. Denn die Taliban verfügten über keine Strukturen mehr und in Al Quaida kämpften nur noch Ausländer, vor allem Araber. „Der einzige, der Terrorakte koordinieren kann und über eigene Strukturen verfügt, ist Hekmatjar“. Die Regierungsvertreter sind überzeugt, dass die Militärpräsenz der fremden, nichtislamischen Truppen in Afghanistan keinen religiösen Konflikt provozieren wird. Justizminister Karimi dazu: „Die ISAF-Truppen garantieren unsere Sicherheit. Von den Soldaten hören wir immer wieder, wie sehr es sie erstaunt, dass die Bürger ihnen gegenüber so freundlich sind. Sie sind regelrecht überrascht von der Sympathie, die ihnen die Afghanen entgegenbringen“. Im Unterschied zum Einheimischen Hekmatjar beachten die Regierenden in Kabul Osama bin Laden kaum. Botschafter Nasser-Zia beschreibt dessen Rolle als „die eines Theoretikers und Finanziers, der sich um die Logistik kümmert. In Afghanistan steht denn auch nicht bin Laden im Vordergrund, sondern Hekmatjar“.

Justizminister Karimi sekundierte: „Osama ist für uns kein Problem, da er genauso schwach ist wie Hekmatjar auch. Er hat keine Armee und verfügt über keine starken Organisationsstrukturen. Er ist einsam, umgeben von ein paar Leuten, die von einer Höhle zur nächsten ziehen und dort Zuflucht suchen. Sie haben ja gesehen, wie ein großer Theoretiker aus dieser Bande, Khalid Scheich Mohammed, ein enger Vertrauter Osama bin Ladens, vor kurzem in Pakistan festgenommen und den Amerikanern übergeben worden ist. Andere Festnahmen werden in Kürze folgen. Al Quaida und Osama bin Laden werden unsere Entwicklung zu einer Zivilgesellschaft nicht aufhalten. Sie sind schwach und werden mit der Zeit noch schwächer werden, bis sie ganz von der Bildfläche verschwinden. Wir haben die Unterstützung des afghanischen Volkes, das sich nach Frieden, Stabilität und Wohlstand sehnt.“ Marschall Fahim ist zudem davon überzeugt, dass sich bin Laden nicht in Afghanistan versteckt, sondern, „sich in Beludschan oder in Paschtunistan“, also im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aufhält. „Diese Region befin-

**■ Im Unterschied zum Einheimischen Hekmatjar beachten die Regierenden in Kabul Osama bin Laden kaum. Botschafter Nasser-Zia beschreibt dessen Rolle als „die eines Theoretikers und Finanziers, der sich um die Logistik kümmert. In Afghanistan steht denn auch nicht bin Laden im Vordergrund, sondern Hekmatjar“.**

det sich außerhalb unserer Kontrolle. Auch Pakistan ist dort ohne Einfluss. Deshalb halten sich die Führungskräfte der Taliban und Al Quaidas genau dort auf. Sie sind ständig in Bewegung.“

### ■ **Es gibt keine Nordallianz mehr**

**■ Um einen Machtkampf zwischen den verschiedenen afghanischen Volksgruppen nach dem Sieg über die Taliban vorauszusagen, war keine Glaskugel nötig. Selbst das multi-ethnische Kabinett Karsai konnte diese Konflikte nicht verhindern.**

Um einen Machtkampf zwischen den verschiedenen afghanischen Volksgruppen nach dem Sieg über die Taliban vorauszusagen, war keine Glaskugel nötig. Selbst das multi-ethnische Kabinett Karsai konnte diese Konflikte nicht verhindern. Es soll an dieser Stelle jedoch nicht verschwiegen werden, dass bei diesen Auseinandersetzungen auch das Ausland eine unruhmliche Rolle spielt. Stets wurde auf die Dominanz der „Tadschiken“ bzw. der „Pandscheris“ – also der Bewohner des Pandscher Tals – hingewiesen und dabei nicht vergessen, die vermeintlichen Untaten der Nordallianz in Kabul zu erwähnen. Was die Gravamina der ausländischen Medien sind, wird dabei im Einzelnen nicht deutlich. Besonders skurril wird es, wenn den Vertretern der Nordallianz in der Regierung, Vize-Präsident und Verteidigungsminister Fahim und Außenminister Abdullah Abdullah unterstellt wird, sie planten einen Putsch gegen Präsident Karsai.

Erst im März 2003 wies Abdullah zum wiederholten Mal darauf hin, dass „es keine Nordallianz mehr gibt. Sie ist Geschichte. Wir haben jetzt einen gemeinsamen afghanischen Staat, in dem wir alle zusammengehören. Es gibt eine zentrale Regierung, an der alle beteiligt sind, die gegen den internationalen Terrorismus, Al Quaida und die Taliban gekämpft haben und weiter kämpfen. Wir sind die Vertreter des ganzen afghanischen Volkes. Unter Führung von Präsident Karsai bilden wir ein gemeinsames Team. Ich möchte hier deutlich machen, dass der Präsident nicht nur für uns Afghanen, sondern international ein Symbol für Frieden und Freiheit ist. In der Regierung gibt es keine Gruppierung, die gegen den Präsidenten arbeitet. Das versichere ich. Wir stehen fest hinter Präsident Karsai. Die Probleme röhren von den Terroristen her, die gegen den Präsidenten und gegen Marschall Fahim sind.“

Verteidigungsminister Fahim legte selbst „großen Wert“ darauf, dass in der Führung seines Ministeri-

ums „alle ethnischen Gruppen vertreten sind“. Das gilt auch für den wichtigen Verteidigungsausschuss, in dem ebenfalls alle afghanischen Ethnien repräsentiert sind. „Zusammen bauen wir eine neue, nationale Armee auf“, betonte Fahim. Presseberichte, die ihm die Planung von Attentaten gegen Hamid Karsai vorwerfen, bezeichnete er als „Unsinn“. Deswegen setzt sich der Verteidigungsminister auch nicht gegen diese Behauptungen zur Wehr: „Als wir mit internationaler Hilfe Afghanistan befreit hatten, waren wir im Besitz der Macht. Es war unser Vorschlag auf dem Petersberg, Hamid Karsai als Interims-Präsident einzusetzen. Sechs Monate später, als die Loya Dschirga tagte, wollte Karsai die Verantwortung nicht länger übernehmen. Wir haben ihn überzeugt, für das Amt zu kandidieren. Anschließend haben wir seine Kandidatur unterstützt. Es ist unser Wunsch, mit Karsai zusammen den Frieden in unserem Land durchzusetzen. Und es ist unser gemeinsamer Verdienst, dass sich in Afghanistan inzwischen vieles zum Positiven entwickelt hat. Deshalb ist es Unsinn, mir zu unterstellen, ich wolle den Prozess zerstören, für den ich mich selbst als Verteidigungsminister von Anfang an eingesetzt habe. Eines können Sie mir glauben: Karsai und ich sind wie ein- und dieselbe Person. Da gibt es keine Unterschiede. Gegen meinen eigenen Körper werde ich nicht kämpfen.“

Botschafter Nasser-Zia hat eine Erklärung, warum immer öfter negativ über die Rolle der Nordallianz in Kabul berichtet und die Entwaffnung ihrer Soldaten gefordert wird. „Einige unserer Nachbarstaaten tun sich hier unrhümlich hervor. Dabei sollten sie endlich begreifen, dass sie ihre Interessen nicht über diverse Kommandeure realisieren können. Für alle wäre es besser, wenn sie die zentrale Regierung unterstützten. Unsere Aufgabe besteht darin, eine allgemeine Entwaffnung durchzusetzen, d.h. wir müssen die Kalaschnikow, das einzige Machtinstrument der letzten 23 Jahre, gegen Kugelschreiber und Spaten eintauschen.“

Der Diplomat glaubt Hinweise dafür zu haben, dass sich Nachbarstaaten, ungeachtet ihrer öffentlichen Erklärungen, in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einmischen. Unbeabsichtigt bestätigt hat diese Beobachtung der pakistansche Präsident Pervez Muscharraf Anfang Juli 2003 während seiner

**Botschafter Nasser-Zia hat eine Erklärung, warum immer öfter negativ über die Rolle der Nordallianz in Kabul berichtet und die Entwaffnung ihrer Soldaten gefordert wird. „Einige unserer Nachbarstaaten tun sich hier unrhümlich hervor. Dabei sollten sie endlich begreifen, dass sie ihre Interessen nicht über diverse Kommandeure realisieren können. Für alle wäre es besser, wenn sie die zentrale Regierung unterstützen.“**

Europareise. Er beschwore eine afghanisch-pakistanische Krise herauf, indem er Pakistan als den wahren Verteidiger der paschtunischen Interessen darstellte: „Die Paschtunen sind das größte Volk in Afghanistan“, sagte der General in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 2. Juli 2003. „An der Spitze des Staates darf es deshalb keine Vorherrschaft der Tadschiken geben.“ Damit blamierte Muscharraf nicht nur den Paschtunen Hamid Karsai bis auf die Knochen. Zugleich bescheinigte ihm der Pakistaner Unfähigkeit, da sich der Präsident, so muss man Muscharrafs Aussage deuten, innerhalb seiner eigenen Regierung nicht durchsetzen könne.

### ■ **Außen- und Sicherheitspolitik: schwieriger Balanceakt auf vermintem Gelände**

**■ Das Fundament für eine nach allen Seiten offene und ausgleichende Politik Afghanistans hatte bereits die auf dem Petersberg eingesetzte Interimsregierung gelegt. Danach gehört das Denken in Freund-Feind-Kategorien, das in den letzten 22 Jahren die afghanische Außenpolitik geprägt hat, inzwischen der Vergangenheit an.**

Das Fundament für eine nach allen Seiten offene und ausgleichende Politik Afghanistans hatte bereits die auf dem Petersberg eingesetzte Interimsregierung gelegt. Danach gehört das Denken in Freund-Feind-Kategorien, das in den letzten 22 Jahren die afghanische Außenpolitik geprägt hat, inzwischen der Vergangenheit an. Stattdessen bemühte sich die Übergangsregierung in Kabul, nach allen Seiten gute Beziehungen zu unterhalten. Auch zu Pakistan und Saudi-Arabien, zu Ländern also, die noch vor kurzem die Taliban massiv unterstützt hatten. Im Vordergrund standen allein die außenpolitischen Interessen des Landes, keine ideologischen oder religiösen Präferenzen.

Zudem war es an der Zeit, die Bindungen Afghanistans an die internationale Staatengemeinschaft wieder zu festigen. Jahrelang wurde die Nordallianz von Russland, dem Iran und Indien unterstützt. Seit Oktober 2001 kamen die Amerikaner als militärische Partner im Kampf gegen die Taliban und das Al Quaida-Netzwerk hinzu. Da die Islamisten aus Sicht der US-Regierung lange Zeit einen Stabilisierungsfaktor in Zentralasien darstellten, duldeten sie das Terror-Regime jahrelang. Dagegen missbilligte Washington die engen Kontakte der Nordallianz zu Russland, aber vor allem zu Iran. Von daher stießen alle ihre Versuche, engere Beziehungen zu den USA zu unterhalten, lange Zeit auf taube Ohren.

Achmed Schah Massud kritisierte schon 1998 die Afghanistan-Politik Washingtons: „Die USA arbeiten eng mit Pakistan zusammen. Sie betrachten die Region ganz aus pakistanischer Perspektive. Politisch kann man die USA also kaum von Pakistan trennen. Wir haben den Eindruck, dass die Amerikaner allein nichts entscheiden können und völlig von den einseitigen und falschen Informationen Islamabads abhängig sind. Zum Nachteil der USA übrigens. Washington sollte sich selbst einen Gefallen tun und sich um eine neue, intelligenter Politik in der Region bemühen und darauf verzichten, die Region durch die Augen des pakistanischen ISI (Militärischer Geheimdienst, AM) zu sehen.“

Da die USA den Krisenherd Afghanistan nur mit diplomatischen Mitteln einzudämmen suchten, wies Massud im April 2001 wiederholt auf die Gefahren hin, die Europa und den USA drohten, wenn sie sich nicht stärker gegen die Taliban engagierten. „Allein schon, um sich selbst zu schützen. Wenn man eine friedliche Lösung für Afghanistan nicht möglichst schnell sucht, wird sich die Krise ausbreiten und nicht nur Europa, sondern auch Amerika treffen. Wenn die neue amerikanische Regierung nicht klarer Position bezieht gegenüber dem Terror der Taliban, dann wird dieser Terror auch Amerika erreichen. Meine Botschaft an die Europäer ist, dass ein Terrorregime keine Zukunft hat. Wie oft hat das die Geschichte bewiesen. Die Geschichte des afghanischen Volkes ist eine weitere Bestätigung. Niemand konnte die Afghanen beherrschen. Für die Freiheit meines Volkes werde ich alles tun. Mein einziger Wunsch ist es, einen Weg zu finden, die militärische Aggression Pakistans zu stoppen.“ Da die Nordallianz keine Kontakte zu den USA unterhielt, suchte Massud in Europa nach neuen Verbündeten. „Ich möchte mit den Europäern beraten, was man tun kann, um Pakistan zu zwingen, sich an die UN-Sanktionen zu halten.“ Demgegenüber kann man inzwischen in neueren Veröffentlichungen, wie dem Buch von Bob Woodward, *Amerika im Krieg*, nachlesen, der CIA und damit die US-Regierung habe über geheime Kanäle die Nordallianz bereits vor dem 11. September 2001 finanziell unterstützt. Auch habe sich Massud während seiner vielbeachteten Europareise im April 2001 in Paris mit Vertretern des CIA getroffen.

**■ ■ ■ Da die USA den Krisenherd Afghanistan nur mit diplomatischen Mitteln einzudämmen suchten, wies Massud im April 2001 wiederholt auf die Gefahren hin, die Europa und den USA drohten, wenn sie sich nicht stärker gegen die Taliban engagierten. „Allein schon, um sich selbst zu schützen.“**

Diese posthumen Erzählungen über angebliche Zuwendungen des CIA an die Nordallianz dementierte Außenminister Abdullah noch im März 2003 kategorisch: „Das ist absolut falsch. Vor dem 11. September hat es zwischen unseren Sicherheitsleuten und den Amerikanern nur zwei Gespräche gegeben. Zum einen wollten die USA mit unserer Hilfe Stinger-Raketen aufspüren, zum anderen wollten sie von uns Informationen über Osama bin Laden. Das waren die einzigen Kontakte. Bei den Treffen mit dem CIA haben wir nur über eine technische Zusammenarbeit gesprochen“.

**Bereits im April 2002 hatte Außenminister Abdullah Abdullah klargestellt: „Wir werden unsere Außenpolitik so gestalten, dass sie sowohl Afghanistan als auch unserem geopolitischen Umfeld zugute kommt. Nachdem die Übergangsregierung die Macht in Kabul übernommen hatte und völkerrechtlich anerkannt worden ist, wollen wir unsere Außenpolitik jetzt zuallererst an den nationalen Interessen Afghanistans ausrichten. Dabei ist es unser vorrangiges Ziel, gute Beziehungen zu allen Nachbarstaaten zu entwickeln bzw. zu vertiefen.“**

Bereits im April 2002 hatte Außenminister Abdullah Abdullah klargestellt: „Wir werden unsere Außenpolitik so gestalten, dass sie sowohl Afghanistan als auch unserem geopolitischen Umfeld zugute kommt. Nachdem die Übergangsregierung die Macht in Kabul übernommen hatte und völkerrechtlich anerkannt worden ist, wollen wir unsere Außenpolitik jetzt zuallererst an den nationalen Interessen Afghanistans ausrichten. Dabei ist es unser vorrangiges Ziel, gute Beziehungen zu allen Nachbarstaaten zu entwickeln bzw. zu vertiefen. Außerdem wollen wir unsere Zusammenarbeit mit der internationalen Staatengemeinschaft auf eine breite Basis stellen, da sie in Afghanistan und in ganz Zentralasien den Friedensprozess unterstützt und sich aktiv für den Wiederaufbau meines Landes einsetzt. Im Übrigen ist es an der Zeit – und die politischen Ereignisse geben uns diese Möglichkeit –, die Bindungen Afghanistans an die internationale Staatengemeinschaft fest zu verankern. Wir müssen versuchen, die neuen Eindrücke, die wir von der Außenwelt erhalten, für die innere Sicherheit, die Stabilität und den Wiederaufbau Afghanistans zu nutzen. Das von den Taliban beherrschte Afghanistan exportierte Terrorismus und Rauschgift und destabilisierte so nicht nur die zentralasiatische Region, sondern bedrohte die ganze Welt. Wenn es nun endlich zum Frieden kommt, wird damit Schluss sein. Auch die Zerstörungen und die Flüchtlingsströme werden so gestoppt. Allerdings brauchen wir auf diesem Weg die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft.“

Ganz Diplomat, lehnte es der Außenminister jedoch ab, die Verdienste Russlands und der USA für das afghanische Volk „gegeneinander aufzurechnen“.

Vor allem verzichtete er darauf, über die bündnispolitische Ausrichtung seiner Regierung zu spekulieren. Abdullah Abdullah wörtlich: „Wir sind Russland dafür dankbar, dass es uns geholfen hat, unsere nationale Einheit zu bewahren, und in den letzten sechs Jahren unseren Widerstand gegen die Taliban unterstützt hat. Den gleichen Dank schulden wir unseren anderen Verbündeten. Das afghanische Volk ist zudem für die Zusammenarbeit mit den USA dankbar, die uns bei der Vertreibung des Taliban-Regimes und bei der Zerstörung ihres Terror-Netzes geholfen haben. Auch den Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft, die sich beim Anti-Terror-Krieg engagiert hat, werden wir nicht vergessen. Allerdings will ich die Verdienste Russlands und der USA für das afghanische Volk nicht gegeneinander aufrechnen. Denn unter Führung der Übergangsregierung kämpfen wir gemeinsam gegen den internationalen Terrorismus. Und alle Staaten, auch Russland und die USA, werden davon profitieren, wenn in Afghanistan endlich wieder Frieden herrscht. Wir können und wollen nicht die Verdienste eines Staates mit den Leistungen eines anderen vergleichen.“

Die aktive Teilnahme Russlands an der Anti-Terror-Allianz und Putins Unterstützung der US-Politik in Afghanistan haben den neuen Machthabern in Kabul geholfen, ihre Beziehungen zu Moskau zu intensivieren, ohne dabei ihre neuen amerikanischen Verbündeten zu verärgern. Im Frühjahr 2002, wenige Monate, nachdem die Nordallianz die Taliban aus Kabul vertrieben hatte, reiste Fahim in die russische Hauptstadt. Bei seinem Besuch ging es darum, den Kreml über die neue sicherheitspolitische Lage vor Ort zu informieren und die Fortsetzung der Militärkooperation zu besprechen. Fahim dazu: „Das heutige Russland ist nicht identisch mit der früheren Sowjetunion. Ich will an dieser Stelle unterstreichen, dass uns Moskau in unserem Kampf gegen die ausländischen Aggressoren, also gegen die Taliban und Al Quaida, unterstützt hat und auf unserer Seite stand.“

Diese Zusammenarbeit hat dazu geführt, dass die afghanische Armee vorwiegend mit russischer Militärtechnik ausgerüstet ist. Auch die Organisation und die Ausbildung der Soldaten stellen auf das russische System ab. „Mein Besuch sollte unsere guten

**■ Die aktive Teilnahme Russlands an der Anti-Terror-Allianz und Putins Unterstützung der US-Politik in Afghanistan haben den neuen Machthabern in Kabul geholfen, ihre Beziehungen zu Moskau zu intensivieren, ohne dabei ihre neuen amerikanischen Verbündeten zu verärgern.**

Beziehungen zu Russland unterstreichen und signalisieren, dass wir diese Kooperation auch in Zukunft fortsetzen wollen. Man hat uns Unterstützung versprochen. Allerdings haben wir bis heute nichts davon gesehen“, betonte Fahim nach seiner Moskau-Reise. Genau wie sein Vorgänger, Achmed Schah Massud, erhält Fahim Waffenlieferungen aus Russland nur gegen Vorkasse.

Im Pentagon, dem neuen Hauptverbündeten von Verteidigungsminister Fahim, sieht man die Zahlungsmodalitäten lockerer: „Washington hat die Verantwortung dafür übernommen, uns beim Aufbau unserer Armee zu helfen. Die Amerikaner haben dabei die Führungsrolle inne und sind die einzigen, die das Versprechen halten und uns unter die Arme greifen“, betonte Fahim. „Die USA stehen zu ihrem Wort. Wenn wir Ersatzteile und Technik aus Russland brauchen, bekommen wir das Geld für den Einkauf von den Amerikanern. Denkbar ist auch, dass Washington und Moskau darüber einen Vertrag abschließen. Die USA haben mir versprochen, sollte ich etwas für unsere Armee aus Russland brauchen, werden sie es für uns kaufen.“

Auch Präsident Hamid Karsai konnte mit der vollen Unterstützung der USA rechnen, dagegen stieß er bei den Regierungen in Neu Delhi, Teheran und Moskau auf taube Ohren. Dort wird der Paschtune, der jahrelang im US-Exil lebte, als amerikanische Marionette betrachtet. Es ist deshalb kein Zufall, dass Kabul sich vor allem um die Verbesserung der Beziehungen zu diesen Staaten bemüht. Eine zentrale Rolle wird dabei Indien als Gegengewicht zu Pakistan zugesprochen, und zwar ungeachtet der Bekundungen von Kabul und Islamabad, ein gutnachbarschaftliches Verhältnis aufzubauen zu wollen.

Sollte Hamid Karsai jedoch zu große Zugeständnisse in Richtung Islamabad machen, könnte es zu Protesten bei den nicht paschtunischen Regierungsmitgliedern kommen. Nicht zuletzt deshalb wird über die Beziehungen zu Iran und Pakistan innerhalb der Kabuler Regierung „intensiv diskutiert“, betonte Außenminister Abdullah. „Wir haben beschlossen, beide Staaten zu besuchen. Bei diesen Begegnungen in Islamabad und Teheran hat Hamid Karsai unsere Politik erläutert. Damit haben wir erreicht, dass wir uns gegenseitig anerkennen. Wenn es gelingt, in

**Sollte Hamid Karsai zu große Zugeständnisse in Richtung Islamabad machen, könnte es zu Protesten bei den nicht paschtunischen Regierungsmitgliedern kommen. Nicht zuletzt deshalb wird über die Beziehungen zu Iran und Pakistan innerhalb der Kabuler Regierung „intensiv diskutiert“, betonte Außenminister Abdullah.**

Afghanistan Frieden und Sicherheit dauerhaft zu implementieren, dann werden auch die islamischen Staaten Iran und Pakistan davon profitieren. Das gilt besonders für die Zusammenarbeit während des Wiederaufbaus.“ Allerdings wagte die Regierung in Kabul mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Iran einen nicht ungefährlichen außenpolitischen Spagat angesichts des anhaltenden Konflikts zwischen Washington und den Mullahs in Teheran.

Auch Vize-Präsident Fahim will die iranische Unterstützung im Krieg gegen die Koran-Schüler nicht vergessen: „Iran hat uns während unseres Widerstandskampfes gegen die Taliban beigestanden. Auch jetzt steht uns der Iran in allen Bereichen hilfreich zur Seite. Von daher kann man unsere Beziehungen nur als hervorragend bezeichnen. Wir werden auch in Zukunft gute Kontakte pflegen.“ Fahim ist sich bewusst, dass er mit diesen Aussagen Washington aufschreckt. Deshalb legt er Wert auf die Feststellung, „die iranische Hilfe“ bewege sich durchaus in den Bahnen, die die internationale Gemeinschaft für den Wiederaufbau Afghanistans vorgegeben habe. Der Kabuler Regierung sei klar, dass ihre gutnachbarschaftlichen Beziehungen zur iranischen Führung Misstrauen in den USA erzeugen. Von daher versuchte Außenminister Abdullah die Amerikaner davon zu überzeugen, dass eine Verschlechterung der Beziehungen nicht im Interesse der US-Politik liege. „Der Iran und die USA haben ein schwieriges Verhältnis zueinander. Wir dagegen arbeiten mit beiden Staaten zusammen. Mit der Islamischen Republik Iran pflegen wir gutnachbarschaftliche Beziehungen, während wir gemeinsam mit den USA den Terrorismus niedergeschlagen haben“, erklärte der afghanische Außenminister. Geht es nach Kabul, sollen die Vereinigten Staaten künftig beim wirtschaftlichen Aufbau Afghanistans ebenso eine wichtige Rolle spielen wie bei der Wiederherstellung der inneren Sicherheit. „Für unser Land nimmt jeder der beiden Staaten einen wichtigen Platz ein. Sollten sich die Beziehungen zwischen der Islamischen Republik Iran und den USA verbessern, wäre das nicht nur positiv für das Klima in der internationalen Politik, sondern vor allem auch für Afghanistan.“

**Vize-Präsident Fahim will die iranische Unterstützung im Krieg gegen die Koran-Schüler nicht vergessen: „Iran hat uns während unseres Widerstandskampfes gegen die Taliban beigestanden. Auch jetzt steht uns der Iran in allen Bereichen hilfreich zur Seite. Von daher kann man unsere Beziehungen nur als hervorragend bezeichnen. Wir werden auch in Zukunft gute Kontakte pflegen.“**

## ■ Die Irak-Krise

Die Irak-Krise und der nachfolgende Krieg wurden in Afghanistan aufmerksam verfolgt. Die deutsche Ablehnung der US-Politik veranlasste Kabul, mehr denn je auf eine Verlängerung des ISAF-Mandats unter Führung der Bundesrepublik zu drängen. „Da Deutschland im Irak-Krieg nicht auf der Seite der USA und Großbritanniens stand, wird es nicht als Feind der Muslime betrachtet.“ Das wirke sich auch positiv auf die Regierung Karsai aus. Zwar werde der von den Amerikanern eingesetzte Präsident weiter als Verräter gebrandmarkt, weil er mit den „Feinden des Islam“ kooperiere. Die Zusammenarbeit mit Deutschland nehme den Islamisten jedoch den Wind aus den Segeln und schwäche ihre Position. Dennoch machte sich in Kabuler Regierungskreisen Unruhe breit.

**■ Ein Jahr vor dem Irak-Krieg, im April 2002, forderte Kabul Saddam Hussein auf, „die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu akzeptieren und mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten“. Außenminister Abdullah hoffte, dass „alle Probleme zwischen dem Irak und dem UN-Sicherheitsrat friedlich gelöst“ werden könnten.**

Ein Jahr vor dem Irak-Krieg, im April 2002, forderte Kabul Saddam Hussein auf, „die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu akzeptieren und mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten“. Außenminister Abdullah hoffte, dass „alle Probleme zwischen dem Irak und dem UN-Sicherheitsrat friedlich gelöst“ werden könnten, eine militärische Auseinandersetzung also verhindert werden könnte. Auch noch ein Jahr später, kurz vor dem Ausbruch des Krieges, setzte sich Kabul für eine „friedliche Lösung“ ein. „Besonders wir Afghanen sind an Frieden interessiert, denn wir wissen wie kaum ein anderes Volk, welches Leid ein Krieg mit sich bringt. Die afghanische Regierung hegt für das Regime in Bagdad keine Sympathien. Unser Mitgefühl gilt allein dem irakischen Volk, das seit Jahrzehnten von Husseins Regime unterdrückt wird. Sollte es zum Krieg kommen, hoffen wir, dass das irakische Volk keinen Schaden nimmt.“

Nachdrücklich wies Kabul die in den Medien aufgetretenen Spekulationen zurück, wonach die USA seit Beginn der Irak-Krise ihr Interesse an Afghanistan verloren hätten. Auch sei ein Abzug der US-Truppen aus Afghanistan ebenso wenig geplant wie die Einstellung der Suche nach Osama bin Laden. Abdullah betonte in diesem Zusammenhang: „Darüber wird viel gesprochen, aber von den offiziellen Stellen in Washington hören wir das Gegenteil. Die amerikanische Regierung hat uns eindeutig versi-

chert, wenn es zum Krieg kommen sollte, werde Afghanistan auf keinen Fall vernachlässigt. Wir werden natürlich auch von uns aus alles tun, damit wir nicht vergessen werden. Heute weiß jeder, welche Rolle Afghanistan in der regionalen und in der Weltpolitik spielt. Die Amerikaner haben in ihrem Kampf gegen die Terroristen nicht nachgelassen und keine Truppen abgezogen, vielmehr helfen sie uns aktiv beim Wiederaufbau unserer Heimat.“

Auch Kabuls Botschafter Nasser-Zia glaubte nicht, dass ein Krieg gegen den Irak Afghanistan in den Hintergrund treten lassen würde. „Umgekehrt, sollte es zu einem Krieg kommen – was ich nicht wünsche –, würden die USA mein Land nicht vergessen, sondern sich noch stärker als bislang in Afghanistan engagieren. Denn der Krieg gegen Al Qaida und die Taliban ist noch nicht zu Ende. Der sicherste Weg, den Terrorismus auszuschalten, besteht darin, Afghanistan dauerhaft bei seinem Wiederaufbau zu unterstützen.“ Unterdessen wissen wir, dass die USA während des Irak-Krieges weitere Anti-Terror-Operationen in Afghanistan durchgeführt haben.

Mit Unverständnis reagierte man dagegen in Kabul auf Meldungen, wonach die NATO plane, den ISAF-Einsatz vollständig oder teilweise zu übernehmen. „Wir sind gegen diesen NATO-Einsatz“, betonte ein hochrangiger Regierungsbeamter. „Wir waren uns auf der Petersberg-Konferenz einig, dass wir fremde Truppen in Afghanistan nur unter einem UNO-Mandat akzeptieren würden, nicht hingegen unter einem NATO-Kommando. Dieser Mandatswechsel wäre nicht nur ein Etikettenschwindel, sondern er würde die Lage in Afghanistan dramatisch komplizieren, auch in außenpolitischer Hinsicht“. Befürchtet wurden Probleme mit den direkten Nachbarstaaten, die zwar den ISAF-Einsatz unterstützen, aber nicht unter einem NATO-Kommando. Im Blick hatten die Afghanen dabei vor allem Iran, Russland, China und Indien. In Moskau und Peking wurden denn auch im Vorfeld des Irak-Krieges offen Pläne gegen die amerikanische Militärpräsenz in Afghanistan geschmiedet. So forderten die beiden Regierungen, die US-Truppen, die am Hindukusch außerhalb des ISAF-Mandats aktiv sind, der Kontrolle des UN-Sicherheitsrates zu unterstellen. Kurz darauf kündigte Präsident Putin am 28. April 2003 in Duschanbe

**Kabuls Botschafter Nasser-Zia glaubte nicht, dass ein Krieg gegen den Irak Afghanistan in den Hintergrund treten lassen würde. „Umgekehrt, sollte es zu einem Krieg kommen – was ich nicht wünsche –, würden die USA mein Land nicht vergessen, sondern sich noch stärker als bislang in Afghanistan engagieren. Denn der Krieg gegen Al Qaida und die Taliban ist noch nicht zu Ende. Der sicherste Weg, den Terrorismus auszuschalten, besteht darin, Afghanistan dauerhaft bei seinem Wiederaufbau zu unterstützen.“**

eine verstärkte Präsenz russischer Truppen in Tadschikistan an.

Allerdings vollzog Putin einen Monat später einen Strategiewechsel und erhebt seitdem keine Einwände mehr gegen Einsätze der Nordatlantischen Allianz außerhalb ihres Bündnisgebietes. In Bezug auf Afghanistan sagte der Kreml sogar seine volle Unterstützung in allen Bereichen der Militär- und Sicherheitspolitik zu, einschließlich der Überflug- und Transitrechte. „Russland hat nicht vor, untätig zu bleiben“, sagte der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow im Juni 2003 zu Interfax. Einzige Ausnahme: Russland wird keine Soldaten nach Afghanistan schicken. Aus verständlichen Gründen. Darüber hinaus erhob der Kreml keine Einwände mehr gegen eine Stationierung von ISAF- oder NATO-Streitkräften außerhalb Kabuls.

Diese Kehrtwendung Moskaus beeinflusste unmittelbar die Haltung der afghanischen Regierung: Seitdem ist auch Kabul damit einverstanden, der NATO die Aufgaben der ISAF-Truppen zu übertragen. Zu diesem Meinungswandel dürfte auch die Erklärung der NATO beigetragen haben, sie werde unter dem bestehenden UNO-Mandat tätig werden. Im August 2003 übernimmt die NATO das ISAF-Kommando in Kabul.

### **■ Pakistan will Kabul wieder unter seinen Einfluss zwingen**

**■ Die stets zur Schau gestellte Herzlichkeit bei den Treffen der Staatschefs Afghanistans und Pakistans spiegelte nicht den wahren Stand der zwischenstaatlichen Beziehungen wider. Denn Kabul und Islamabad arbeiten nach wie vor bei der Terrorismusbekämpfung kaum zusammen.**

Die stets zur Schau gestellte Herzlichkeit bei den Treffen der Staatschefs Afghanistans und Pakistans spiegelte nicht den wahren Stand der zwischenstaatlichen Beziehungen wider. Denn Kabul und Islamabad arbeiten nach wie vor bei der Terrorismusbekämpfung kaum zusammen. Auch die Verhaftungen einzelner einflussreicher Mitglieder des Al Quaida-Netzwerks, wie Chalid Scheich Mohammed, waren vor allem ein gemeinsamer Erfolg von FBI und pakistanischen Sicherheitsbehörden. „Mit der Festnahme stellt Islamabad seine Entschlossenheit unter Beweis, den Terrorismus aktiv zu bekämpfen. Wir haben in der Vergangenheit immer darauf hingewiesen, dass sich die Führungskräfte von Al Quaida in Pakistan aufhalten“, sagte Abdullah. „Unsere Regierungen befinden sich in ständigem Gesprächskontakt, um den

Kampf gegen Al Quaida und die Taliban zu koordinieren.“ Erfolge hingegen kann die afghanische Regierung bislang nicht vorweisen. Auch kam es nicht zu einer militärischen Kooperation mit Pakistan. „In diesem Bereich gibt es zurzeit keine Zusammenarbeit. In der Vergangenheit hat Pakistan die Taliban mit eigenen Truppen im Krieg gegen uns unterstützt. Ein großer Fehler, den die pakistanische Führung inzwischen eingesehen hat“, betonte Verteidigungsminister Fahim. „Wir stehen vor einem Neubeginn. Jetzt unterhalten wir gute Beziehungen zu Islamabad und wollen das auch in Zukunft so halten“, wünschte sich der Minister noch im Oktober 2002. Acht Monate später kritisierte sein Präsident scharf die Haltung Islamabads gegenüber der Kabuler Regierung.

Die Spannungen zwischen Pakistan und Afghanistan werden die Zusammenarbeit der beiden Regierungen in einem wichtigen Projekt kaum negativ beeinflussen. Beide Staaten haben ein enormes wirtschaftliches Interesse daran, ihre Energieversorgung durch den Bau einer Pipeline aus Turkmenistan nach Pakistan über Afghanistan zu sichern. Die Präsidenten der drei interessierten Länder, also Nijasow, Karzai und Muscharraf, bezeichneten das Projekt gar als lebenswichtig für die Region. Bereits während der Taliban-Herrschaft hatte ein internationales Konsortium unter Führung des US-Ölmulti Unocal mit saudi-arabischer Beteiligung versucht, diese Pipeline zu bauen. „Nach dem Sieg über die Taliban gab es jedoch eine neue Lage. Präsident Karzai hat entschieden, dass die Beratungen über den Bau der Pipeline auf Regierungsebene fortgesetzt werden sollen. Wir machen gute Fortschritte und werden wohl im September 2003 einen Vertrag über den Bau der Pipeline unterzeichnen können“, kündigte jüngst Außenminister Abdullah an. Inzwischen drängt sich jedoch die Frage auf, ob die großen US-Ölkonzerne überhaupt noch am Bau dieser kostspieligen Pipeline in Zentralasien interessiert sind. Schließlich haben sie jetzt Zugang zu den irakischen Öl vorkommen.

Die Unsicherheit im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet und der schleichende „kalte Krieg“ zwischen den beiden Staaten könnte potenzielle Investoren zusätzlich abschrecken. Die ohnehin angespannte Lage verschärfe sich im Juni 2003 weiter. „Wir wussten seit langem, dass Pakistan insgeheim den Wider-

**Die Spannungen zwischen Pakistan und Afghanistan werden die Zusammenarbeit der beiden Regierungen in einem wichtigen Projekt kaum negativ beeinflussen. Beide Staaten haben ein enormes wirtschaftliches Interesse daran, ihre Energieversorgung durch den Bau einer Pipeline aus Turkmenistan nach Pakistan über Afghanistan zu sichern.**

stand gegen unsere Regierung organisiert. Islamabad ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich die Kräfte gegen Präsident Karsai vereinigen konnten. Denn für sie ist Karsai nur eine „amerikanische Marionette“, sagte ein afghanisches Regierungsmitglied. Bislang hatte Kabul immer abgestritten, dass sich in aller Stille „eine pakistanisch-paschtunische Lobby“, ferngesteuert aus Islamabad, innerhalb der afghanischen Regierung gebildet hatte.

Nach Muscharrafs Erklärungen Anfang Juli 2003 während seiner Europareise ließen sich die politischen Spannungen zwischen Kabul und Islamabad nicht länger verheimlichen. Der pakistansche Präsident hatte seinen afghanischen Amtskollegen gezielt und kalkuliert in der europäischen Öffentlichkeit kritisiert. Damit hatten die Afghanen, vor allem Präsident Hamid Karsai, nicht gerechnet.

In seinem Interview in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* meinte Muscharraf, nicht nur über die Herrschaft der Tadschiken, sondern auch über die Ohnmacht Karsais außerhalb der Hauptstadt Kabul lästern zu müssen. Dabei verstieg er sich zu dem Vorschlag, der afghanische Präsident möge doch in jede Provinz 2000 Soldaten schicken, um die „Warlords zu entmachten“. Ein afghanischer Minister dazu: „Muscharraf weiß offenbar, wovon er spricht.“ Denn mit genau dieser Taktik habe die pakistanische Armee zusammen mit ihren Verbündeten, den Taliban, vor Jahren das zerstrittene Afghanistan besetzt und ihre Schreckensherrschaft etabliert. Interesse an einem neuen Bürgerkrieg kann aber nur einer haben, Nachbar Pakistan, der die Wirren im Nachbarland wieder dazu nutzen könnte, um Afghanistan unter seinen Einfluss zu zwingen.

Karsais Anhänger sind davon überzeugt, dass der pakistansche Präsident die Afghanistan-Karte erneut spielen will, um von seinen innenpolitischen Problemen abzulenken. „Um sich an der Macht zu erhalten, muss Muscharraf mit einflussreichen islamistischen Gruppierungen in Pakistan zusammenarbeiten. Da-

**■ Nach Muscharrafs Erklärungen Anfang Juli 2003 während seiner Europareise ließen sich die politischen Spannungen zwischen Kabul und Islamabad nicht länger verheimlichen. Der pakistansche Präsident hatte seinen afghanischen Amtskollegen gezielt und kalkuliert in der europäischen Öffentlichkeit kritisiert. Damit hatten die Afghanen, vor allem Präsident Hamid Karsai, nicht gerechnet.**

bei handelt es sich um Anhänger der Taliban und um Verbündete von Hekmatjar.“ Noch wird die Regierung Karsai von der UNO, vor allem aber von den USA und von Deutschland unterstützt. Innenpolitisch wird ebenfalls an einer Stabilisierung der Lage gearbeitet: Zurzeit finden in Kabul Beratungen über eine neue Verfassung statt, außerdem werden Wahlen vorbereitet. „Alle diese Bemühungen sind gefährdet, wenn man Pakistan nicht klar sagt: ‚Hände weg von Afghanistan‘“, forderte jüngst ein Kabuler Regierungsvertreter. Sollte die neue afghanisch-pakistanische Krise nicht schnell beendet werden, könnte dies gravierende Auswirkungen auch auf die Sicherheit der ISAF-Einsatzkräfte haben.

### ■ „**Die Deutschen sind unsere Brüder**“

Die Kabuler Regierung ist mit dem Stand der deutsch-afghanischen Beziehungen mehr als zufrieden. „Die historische Hilfe von Berlin werden wir nie vergessen“, lobte im April 2003 Präsident Karsai das deutsche Engagement. Außenminister Abdullah sekundierte: „Seit 1921 unterhalten wir zu Deutschland diplomatische Beziehungen, die immer gut waren. Was die aktuelle Situation betrifft, möchte ich auf die enorme Entwicklungshilfe hinweisen, die Deutschland für das leidende afghanische Volk zur Verfügung stellt. Deutschland hat als Gastgeberland im November und im Dezember 2001 die Petersberger Gespräche organisiert und sie zum Erfolg geführt. Das war ein guter Start zur Befriedung Afghanistans. Deutschland ist beim Wiederaufbau meines Landes sehr aktiv dabei, auch im Hinblick auf die innere Sicherheit. Berlin hat die Ausbildung der afghanischen Polizei übernommen und hilft beim Aufbau des Bildungswesens, also der Schulen und der Universitäten. Wir freuen uns darüber, dass wir eng mit Deutschland zusammenarbeiten und unsere traditionell guten Beziehungen weiter entwickeln können.“

Auch Kabuls Botschafter in Berlin, Nasser-Zia, führt wie sein Außenminister die positive Atmosphäre auf die Geschichte der deutsch-afghanischen Beziehungen zurück. „Wir empfinden großen Respekt vor den Deutschen, die wir trotz der Entfernung von vielen tausend Kilometern als Bruder-Volk betrachten. Deutsche haben in meiner Heimat Straßen,

■ **Die Kabuler Regierung ist mit dem Stand der deutsch-afghanischen Beziehungen mehr als zufrieden. „Die historische Hilfe von Berlin werden wir nie vergessen.“**

Krankenhäuser und Schulen gebaut. Unsere traditionell guten Beziehungen reichen bis in die zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück, also noch in die Herrschaftszeit der Könige Amannulah und Zahir Schah. Hinzu kommt, dass sich Deutschland immer sehr für die afghanischen Flüchtlinge eingesetzt hat. Meine Landsleute haben in schweren Kriegszeiten hier eine zweite Heimat gefunden. Von ihnen habe ich immer Gutes über Deutschland gehört.“ Besonders für die Behandlung der afghanischen Flüchtlinge, „für die deutsche Gastfreundschaft“, dankte der Botschafter.

**■ Ein Jahr nach dem Machtwechsel in Kabul hat Außenminister Abdullah seine Meinung über Deutschland nicht geändert: „Ich bin mit den deutsch-afghanischen Beziehungen sehr zufrieden. Ich werde nie müde zu wiederholen, dass der wichtigste Stein für eine friedliche Zukunft in Afghanistan hier in Deutschland mit der Petersberger Konferenz gelegt wurde. Alles, was die Bundesregierung versprochen hat, hält sie auch. Jeder Afghane, ob er nun lesen kann oder nicht, weiß, dass Deutschland unser Freund ist.“**

Ein Jahr nach dem Machtwechsel in Kabul hat Außenminister Abdullah seine Meinung über Deutschland nicht geändert: „Ich bin mit den deutsch-afghanischen Beziehungen sehr zufrieden. Ich werde nie müde zu wiederholen, dass der wichtigste Stein für eine friedliche Zukunft in Afghanistan hier in Deutschland mit der Petersberger Konferenz gelegt wurde. Alles, was die Bundesregierung versprochen hat, hält sie auch. Jeder Afghane, ob er nun lesen kann oder nicht, weiß, dass Deutschland unser Freund ist.“ Kabul sucht die Nähe Deutschlands auch im Bildungswesen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Bereitschaft Berlins, die benötigten Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Acht Rektoren afghanischer Universitäten und zwei Minister sind im Juni 2003 nach Deutschland gekommen, um mit hiesigen Experten eine Bildungsstrategie für das Hindukusch-Land zu entwickeln. „Im neuen afghanischen Bildungssystem wollen wir drei Elemente zusammenführen: Schulbildung, universitäre Bildung und die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien. Wir sind daran interessiert, die Schüler und Studenten, aber auch die Wissenschaftler, unmittelbar an die modernen deutschen Technologien heranzuführen“, versicherte Professor Scharif Fayez, der für Hochschulbildung zuständige Minister.

Inzwischen sind neun deutsche Universitäten mit afghanischen Hochschulen eine Partnerschaft eingegangen. Schon im Sommer 2002 baute die Technische Universität Berlin an der Kabuler Universität ein Rechenzentrum auf. Auf diese Weise ermöglicht sie den dortigen Studenten ein Fernstudium und fördert den Informationsaustausch. Danach drängt es die Afghamen besonders, denn während der Taliban-Herrschaft

durften nur wenige Auserwählte das Internet nutzen. „Durch diesen Schritt springen wir von der Steinzeit in die neue vernetzte Welt“, sagte Professor Scharif Fayedz stolz. „Deutschland leistet uns aber nicht nur wichtige strategische Hilfe in den Natur- und Wirtschaftswissenschaften, sondern auch in der Pharmazie und in der Sprachausbildung.“ Und Kommunikationsminister Masoom Stanekzai freute sich besonders über die Zusammenarbeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Die „deutsche Technologie“ habe einen „sehr guten Ruf in Afghanistan“. Bei den derzeit laufenden Ausschreibungen für den Aufbau eines Kommunikationsnetzes in Afghanistan kann dieses Image den deutschen Firmen nur nützen. Denn ihre wichtigsten Mitbewerber kommen aus den USA.

Mit großem propagandistischen Einsatz versucht die Kabuler Regierung, der Bevölkerung die andauernde Präsenz fremder Truppen im Lande zu erklären. Es wird immer wieder betont, dass das ISAF-Mandat auf den ausdrücklichen Wunsch der Afghanen bei den Verhandlungen auf dem Petersberg zustande gekommen ist. Außerdem wird herausgestellt, dass es sich um keine Aggressoren handelt, sondern um eine Unterstützung der afghanischen Regierung. „Zum ersten Mal in unserer Geschichte halten sich in Afghanistan ausländische Friedenstruppen auf, die für das afghanische Volk und seine Regierung eine Sicherheitsgarantie darstellen“, erklärte Abdullah. Weiter sagte er, „die Bundeswehrsoldaten erhalten von uns volle Unterstützung und stehen unter unserem Schutz“.

Die afghanische Regierung begrüßte erfreut, dass Deutschland im ersten Halbjahr 2003 die Führung über die UNO-Schutztruppen in Kabul (ISAF) übernommen hat. Wie andere Regierungsmitglieder sah auch Botschafter Nasser-Zia kein Problem darin, dass Deutsche nicht wie üblich als Entwicklungshelfer, sondern mit der Waffe in der Hand nach Afghanistan kamen. „Auch wenn die Deutschen mit Panzern zu uns kommen, bleiben sie doch unsere Brüder. Denn sie haben uns nicht angegriffen, sondern wir haben sie eingeladen. Außerdem sind sie auf Grund eines UNO-Mandates da. Ihr Auftrag besteht darin, für Frieden und Sicherheit zu sorgen und den Wiederaufbau meines Landes zu unterstützen. Sie sind also

**■ Die afghanische Regierung begrüßte erfreut, dass Deutschland im ersten Halbjahr 2003 die Führung über die UNO-Schutztruppen in Kabul (ISAF) übernommen hat. Wie andere Regierungsmitglieder sah auch Botschafter Nasser-Zia kein Problem darin, dass Deutsche nicht wie üblich als Entwicklungshelfer, sondern mit der Waffe in der Hand nach Afghanistan kamen.**

erwünschte Gäste. Wir sollten auch nicht vergessen, dass uns die deutsche Polizei bei der Ausbildung unserer Sicherheitskräfte hilft.“ Allein schon deshalb, so der Botschafter, werde es die afghanische Regierung begrüßen, wenn die Deutschen ihren Auftrag über die Grenzen Kabuls hinaus ausdehnten und die Führung der ISAF-Truppen auch noch in der zweiten Jahreshälfte 2003 übernehmen würden. „Sicher wäre es für die deutsche Regierung eine sehr schwere Entscheidung, aber unser Wunsch bleibt bestehen. Wir können und wollen nicht ausschließen, dass die Deutschen doch noch ihre Meinung ändern“, hoffte Nasser-Zia.

■ Das deutsche Engagement betrachten viele Afghane als enorm wichtig, weil Berlin in keiner Weise in das Spiel regionaler Machtinteressen involviert ist und einzig und allein an einer friedlichen Entwicklung im Land interessiert ist.

Das deutsche Engagement betrachten viele Afghane als enorm wichtig, weil Berlin in keiner Weise in das Spiel regionaler Machtinteressen involviert ist und einzig und allein an einer friedlichen Entwicklung im Land interessiert ist. Zudem weiß Vize-Präsident Muhammed Fahim zu schätzen, „dass Deutschland das einzige Land in Europa ist, das uns voll und ganz unterstützt. Wir haben ein großes Interesse daran und freuen uns sehr, dass die Bundeswehr die ISAF leitet. Wir geben unser Wort, dass die Deutschen ihren Auftrag erfolgreich ausführen können.“

Allerdings fühlen sich Hekmatjar, die Taliban und die Reste des Al Quaida-Netzwerkes nicht an diese Sicherheitsgarantie der afghanischen Regierung gebunden. Nach wie vor wollen sie durch Anschläge die Friedenstruppen aus dem Land vertreiben. „Es gibt weiterhin Terrorgruppen in Afghanistan, die keine Stabilität wollen. Deshalb sehen sie in den Friedenstruppen genauso ihre Feinde wie in der afghanischen Regierung. Die Gefahr, die von ihnen ausgeht, richtet sich gegen uns alle“, erklärte Abdullah. Wie gefährlich die Lage der ISAF-Truppen ist, zeigte ein brutales Selbstmordattentat Anfang Juni 2003: Erstmals wurden in Afghanistan stationierte deutsche Soldaten Opfer eines Terroraktes.

## ■ Fazit

Ein Afghanistan mit einem voll funktionsfähigen Staatsapparat, einer einsatzbereiten Polizei und einem wachsamem Grenzschutz ist all denen ein Dorn im Auge, die seit zwei Jahrzehnten von der Krise des Landes profitieren. Dabei ist unwesentlich, ob die

Feinde aus Afghanistan selbst stammen oder sich im Ausland aufzuhalten. Nicht nur die Warlords, die Drogenbarone und die pakistanische Schmugglermafia, sondern auch Nachbarstaaten wie Pakistan und Iran haben kein Interesse daran, dass sich in Afghanistan ein souveräner Staat mit einer pro-amerikanischen Orientierung etabliert. Deshalb werden weiter ethnische Konflikte geschürt, Intrigen und Komplotten ausgeheckt oder Terrorakte verübt, um das arme Hindukuschland zu destabilisieren. An ein Austrocknen dieses Sumpfes ist vorerst nicht zu denken, erst recht wäre die jetzige afghanische Regierung damit überfordert.

Auf Grund der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Pakistan und Indien auf der einen und der Spannungen zwischen Pakistan und Iran auf der anderen Seite muss auch in Zukunft mit Einmischungen von außen in die innerafghanischen Angelegenheiten gerechnet werden. Schließlich versprechen sich alle Staaten in der Region Vorteile davon, wenn in Kabul eine ihnen freundlich gesinnte Regierung amtiert. Der Ausgang des Machtkampfes um die Richtlinien der Kabuler Außen- und Sicherheitspolitik wird entscheiden, ob Afghanistan und damit ganz Zentralasien auf eine friedliche Zukunft hoffen dürfen, oder ob der Sieg über die Taliban den geschundenen Menschen nur eine kurze Atempause verschafft hat.